



Öffentlich

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Per E-Mail

An alle Kantonsrätinnen und
Kantonsräte

Zug, 19. Mai 2026 sa

**Ertragsverwendung der Kirchensteuern juristischer Personen
Bericht über die Erhebung der Freiwilligenarbeit und Schlussfolgerungen**

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrte Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Am 5. März 2024 wurde eine Berichts-Motion betreffend Weiterentwicklung der Ertragsverwendung der Kirchensteuern juristischer Personen eingereicht (Vorlage Nr. 3693.1 - 17624). Am 18. Februar 2025 erstattete der Regierungsrat dem Kantonsrat Bericht und Antrag (Vorlage Nr. 3693.2 - 18040). Die Berichts-Motion wurde in der Folge vom Kantonsrat antragsgemäss erheblich erklärt, vom Bericht des Regierungsrats wurde Kenntnis genommen und die Berichts-Motion wurde als erledigt abgeschrieben.


Der Regierungsrat sah damals einen Handlungsbedarf betreffend die Verwendung von Steuererträgen juristischer Personen. Er beabsichtigte, die Variante «Zweckbindung mit Quote, Pflichtenheft und Rechenschaftsablegung» weiterzuentwickeln und dem Kantonsrat eine allfällige Gesetzesänderung zum Beschluss vorzulegen (Bericht und Antrag, Seite 11, Ziff. 9).

Der Regierungsrat anerkannte in seinem Bericht zur Berichts-Motion, dass das in den Gemeinden des Kantons Zug gut funktionierende Netz von niederschwelligen, unentgeltlichen oder günstigen Angeboten für die Allgemeinheit, das von den Landeskirchen zur Verfügung gestellt wird, nicht gefährdet werden darf. Die von den Landeskirchen (Reformierte Kirche Zug, Vereinigung der Katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug [VKKZ]) erbrachte Freiwilligenarbeit für überkonfessionelle Angebote konnte damals frankenmässig nicht beziffert werden. Um den Wert der Freiwilligenarbeit zugunsten der gesamten Bevölkerung benennen zu können, führte die Finanzdirektion eine Erhebung bei beiden anerkannten Landeskirchen durch. Diese Erhebung bedeutete auf allen Ebenen einen sehr grossen Aufwand. Die Auswertung förderte zutage, dass die Freiwilligenarbeit zugunsten der gesamten Bevölkerung einen enorm hohen Umfang hat. Die frankenmässig ausgewiesene Freiwilligenarbeit und die übrigen Leistungen zugunsten der gesamten Bevölkerung erreichen zurzeit die Höhe der Erträge aus den Kirchensteuern juristischer Personen (vgl. Bericht über die Erhebung der Freiwilligenarbeit; Beilage 1).

Aufgrund dieser Erkenntnis kommt der Regierungsrat zum Schluss, dass vorderhand kein Handlungsbedarf besteht, eine Gesetzesänderung in die Wege zu leiten, welche eine «Zweckbindung mit Quote, Pflichtenheft und Rechenschaftsablegung» vorsieht.

Die Fragestellung ist jedoch im Blick zu behalten. Die Verwendung der Erträge von Kirchensteuern juristischer Personen ist deshalb in fünf Jahren wiederum mit einer Erhebung bei der Reformierten Kirche Zug und dem VKKZ zu überprüfen.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Andreas Hostettler
Landammann



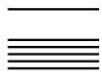
Tobias Moser
Landschreiber

Beilage:

- Beilage 1: Bericht über die Erhebung der Freiwilligenarbeit und Schlussfolgerungen vom 7. Mai 2026

Kopie an (inkl. Beilage):

- Vereinigung der Katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug VKKZ, Landhausstrasse 15, 6340 Baar (vkkz@zgkath.ch)
- Reformierte Kirche Kanton Zug, Bundesstrasse 15, 6300 Zug (andreas.busch@ref-zug.ch)
- Ratsinformationssystem Kantonsrat (RIS KR): Geschäft 3693



Ertragsverwendung der Kirchensteuern juristischer Personen Bericht über die Erhebung der Freiwilligenarbeit - Schlussfolgerungen

1. Ausgangslage

Am 5. März 2024 wurde eine Berichts-Motion betreffend Weiterentwicklung der Ertragsverwendung der Kirchensteuern juristischer Personen eingereicht (Vorlage Nr. 3693.1 - 17624). Am 18. Februar 2025 erstattete der Regierungsrat dem Kantonsrat Bericht und Antrag (Vorlage Nr. 3693.2 - 18040). Die Berichts-Motion wurde in der Folge vom Kantonsrat antragsgemäss erheblich erklärt, vom Bericht des Regierungsrats wurde Kenntnis genommen und die Berichts-Motion wurde als erledigt abgeschrieben.

In der oben erwähnten Berichtsmotion ist unter Ziff. 6 (ab Seite 5) eine Auswertung der Leistungen der Kirchgemeinden zugunsten der **gesamten** Wohnbevölkerung (ohne Freiwilligenarbeit) enthalten. Es handelt sich hier z.B. um Ausgaben für Erwachsenen- und Altersarbeit, Kinder- und Jugendarbeit. Zudem wurden auch Leistungen für kirchliche Immobilien erfasst (Unterhalt und Renovation von kirchlichen Gebäuden unter Denkmalschutz bzw. nicht unter Denkmalschutz; Sakralkunst; Immobilien im Eigentum der Kirche, die für die ganze Wohnbevölkerung offenstehen), Verzicht auf Ertrag bei Vermietung von Lokalen und weitere Leistungen. Die Auswertung unter diesem Aspekt ergab, dass die VKKZ im Jahr 2023 Leistungen in der Höhe von rund 23 Millionen Franken erbrachte und die Reformierte Kirche Zug in der Höhe von 5,8 Millionen Franken.

Nicht Teil dieser Erhebung war die Vermietung von Wohnungen an Dritte (also nicht Pfarreitarbeitende) zu günstigen Konditionen z.B. durch die von der katholischen Kirchgemeinde Baar gegründete Stiftung St. Wendelin (100 Wohnungen) und durch die Kirchgemeinde Zug.

Der Regierungsrat hielt in der Berichts-Motion des Weiteren fest, dass das in den Gemeinden des Kantons Zug gut funktionierende Netz von niederschweligen, unentgeltlichen oder günstigen Angeboten für die Allgemeinheit nicht gefährdet werden dürfe. Die von den Landeskirchen (Reformierte Kirche Zug, Vereinigung der Katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug, VKKZ) erbrachte Freiwilligenarbeit für überkonfessionelle Angebote könne nicht beziffert werden. Diese habe für das Allgemeinwohl unzweifelhaft einen grossen Wert, aber kein Preisschild. Was aber gesagt werden könne, sei, dass ein grosser Teil der wertvollen Freiwilligenarbeit zum Wohl der gesamten Bevölkerung wegfallen dürfte, wenn den Kirchen die finanziellen Möglichkeiten aus dem Steuerertrag der juristischen Personen wegbrechen würden. Dann müssten und würden sich die anerkannten Kirchen wohl auf ihre eigenen Glaubensangehörigen fokussieren. Für viele der Allgemeinheit (also auch für diejenigen natürlichen Personen, die keine Kirchensteuer bezahlen) zugängliche unterschwellige, kostenlose oder kostengünstige Angebote wie Mittagstische für ältere Personen, Seelsorge, Trauerarbeit, Jugendarbeit, müsste wohl über kurz oder lang der Staat einspringen.

Um den Wert der Freiwilligenarbeit benennen zu können, führte die Finanzdirektion eine Erhebung bei beiden anerkannten Landeskirchen durch.

2. Erhebung der Freiwilligenarbeit der Landeskirchen

Die Finanzdirektion erstellte Formulare, in welche im Zeitraum vom November 2025 bis Januar 2026 sämtliche erbrachte Freiwilligenarbeit erfasst wurde. Dabei waren die Gemeinde, Name der Freiwilligen / Name der Freiwilligengruppe, das Datum der erbrachten Freiwilligenleistung, die Tätigkeitsbeschreibung sowie die Anzahl Stunden einzutragen. Auf jedem Formular wurde explizit darauf hingewiesen, dass nur Freiwilligenarbeit zugunsten der **gesamten** Wohnbevölkerung (alle Konfessionen, Konfessionslose, keine kirchlichen Anlässe für Konfessionsangehörige) eingetragen werden darf. Diese Vorgabe kontrollierte die Finanzdirektion bei der Sichtung und Verarbeitung der Formulare. Es sind somit in den Formularen für November 2025 bis Januar 2026 **keine** nur konfessionellen Angebote (also z. B. keine Messen für Konfessionsangehörige für Weihnachten) erfasst. Die Erhebungszeitspanne ist repräsentativ für das ganze Jahr. Die für die Monate November 2025 bis Januar 2026 erbrachten und kontrollierten Stunden wurden auf 12 Monate hochgerechnet (somit vervierfacht). Weiter waren auf einem separaten Formular Grossprojekte und Einzelprojekte, die nur ein Mal jährlich zugunsten der gesamten Wohnbevölkerung und in Freiwilligenarbeit stattfinden, einzutragen (z.B. Sommerlager von Jungwacht und Blauring, welches allen Kindern unabhängig der Konfession offensteht). Eine Stunde Freiwilligenarbeit wurde mit 100 Franken bewertet. Dieser Ansatz berücksichtigt die verschiedenen Anforderungen an die Aufgaben, den Arbeitsplatz und die Sozialleistungen.

Die Auswertung der Freiwilligenarbeit ergab folgendes:

	geprüfte Stunden total	Stundenansatz Franken	Freiwilligenarbeit in Franken
VKKZ	138475	100	13'847'500
Reformierte Kirche Zug	28924	100	2'892'400

Die zugunsten der gesamten Wohnbevölkerung erbrachten Leistungen aus den unter Ziff. 1, Ausgangslage, erwähnten Beträgen aus der Berichts-Motion¹ und der Freiwilligenarbeit betragen zusammenfassend:

	Aus Berichts-Motion (S. 6 Bst.d bzs. S. 7 Bst.d Franken	Aus Freiwilligenarbeit mit 100.-- / Stunde	Total Franken
VKKZ	23'000'000	13'847'500	36'847'500
Reformierte Kirche Zug	5'800'000	2'892'400	8'692'400

3. Entwicklung des Ertrags aus Kirchensteuern

In den Jahren 2022, 2023, 2024 und 2025 setzte sich der Ertrag aus Kirchensteuern wie folgt zusammen²:

¹ Berichts-Motion Odermatt/Küng/Zimmermann/Yener betreffend Weiterentwicklung der Ertragsverwendung der Kirchensteuern juristischer Personen (Vorlage Nr. 3693.2 – 18040), ab Seite 5

² Gemäss Meldung der Steuerverwaltung des Kantons Zug

Röm. kath. Kirchgemeinden				
	2022	2023	2024	2025
Jurist. Pers.	25'574'489	34'105'446	33'529'457	36'967'655
Natürl. Pers.	16'353'352	16'648'043	17'066'406	16'022'455
Total	41'927'841	50'753'489	50'595'863	52'990'110

Evang.ref. Kirchgemeinden

	2022	2023	2024	2025
Jurist. Pers.	7'994'180	10'701'613	10'619'208	10'269'911
Natürl. Pers.	6'670'393	7'012'591	5'909'482	6'685'492
	14'664'573	17'714'204	16'528'690	16'955'403

Die Reformierte Kirche Zug erhielt aus den Kirchensteuern juristischer Personen im Jahr 2022 rund 8 Millionen Franken und in den Jahren 2023 bis 2025 rund 10 Millionen Franken jährlich. Zugunsten der gesamten Wohnbevölkerung erbrachte sie Leistungen im Betrag von rund 8.7 Millionen Franken jährlich.

Die VKKZ erhielt aus den Kirchensteuern juristischer Personen im Jahr 2022 rund 26 Millionen Franken und in den Jahren 2023 bis 2025 zwischen rund 33 und 37 Millionen Franken jährlich. Zugunsten der gesamten Wohnbevölkerung erbrachte sie Leistungen im Betrag von rund 37 Millionen Franken jährlich.

Aus der Gegenüberstellung der erhaltenen Erträge aus Kirchensteuern juristischer Personen und den erbrachten Leistungen zugunsten der gesamten Wohnbevölkerung ergibt sich folgendes:

- Die VKKZ verwendet ihre Erträge aus den Kirchensteuern juristischer Personen vollumfänglich zugunsten der gesamten Wohnbevölkerung.
- Die Reformierte Kirche Zug verwendet ihre Erträge aus den Kirchensteuern juristischer Personen nicht ganz vollumfänglich zugunsten der gesamten Wohnbevölkerung (rund 1,5 Millionen verbleiben bei der Reformierten Kirche Zug). Hierzu ist jedoch anzufügen, dass die Reformierte Kirche Zug für die Berichts-Motion keine Angaben zu Gewerbeaufträgen, Dienstleistungsaufträgen, Apéros, Drucksachen und dergleichen gemacht hatte. Die VKKZ rapportierte unter diesem Aspekt rund 4 Millionen Franken.

4. Weiteres Vorgehen gemäss Berichts-Motion und Vorschlag

Die Berichts-Motion enthielt unter Ziff. 9 Ausführungen betreffend das weitere Vorgehen. Diese lauten wie folgt: « (...) Der Regierungsrat sieht einen Handlungsbedarf betreffend die Verwendung von Steuererträgen juristischer Personen. Der Regierungsrat wird in einem nächsten Schritt die oben beschriebene Variante Regierungsrat «Zweckbindung mit Quote, Pflichtenheft und Rechenschaftsablegung» weiterentwickeln. Im weiteren Verlauf wird eine Vernehmlassung erfolgen, zu welcher nebst den im Kantonsrat vertretenen politischen Parteien die VKKZ, die evangelisch-reformierte Kirchgemeinde sowie weitere interessierte Kreise eingeladen werden. Allfällige Gesetzesänderungen werden dann dem Kantonsrat zum Beschluss vorgelegt.»

Die Erhebung der Leistungen der Reformierten Kirche Zug und der VKKZ zugunsten der gesamten Wohnbevölkerung verursachte auf allen Ebenen einen sehr grossen Aufwand. Sie zeigt

auf, dass die Erträge aus den Kirchensteuern juristischer Personen zurzeit zugunsten der gesamten Wohnbevölkerung verwendet werden.

Aufgrund dieser Erkenntnis erhellt, dass **vorderhand** kein Handlungsbedarf besteht, eine Gesetzesänderung, welche eine «Zweckbindung mit Quote, Pflichtenheft und Rechenschaftsablegung» vorsieht, in die Wege zu leiten. Die Fragestellung ist jedoch im Blick zu behalten. Die Verwendung der Erträge von Kirchensteuern juristischer Personen ist deshalb in fünf Jahren wiederum mit einer Erhebung bei der Reformierten Kirche Zug und dem VKKZ zu überprüfen. Der Kantonsrat ist über die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen zu informieren.

5. Fazit

- 5.1. Aufgrund der Erkenntnisse aus der Erhebung über die Ertragsverwendung von Kirchensteuern juristischer Personen zugunsten der gesamten Bevölkerung erhellt, dass vorderhand kein Handlungsbedarf besteht, eine Gesetzesänderung, welche eine «Zweckbindung mit Quote, Pflichtenheft und Rechenschaftsablegung» vorsieht, in die Wege zu leiten. Es ist deshalb auf eine Gesetzesänderung zu verzichten.
- 5.2. Die Verwendung der Erträge von Kirchensteuern juristischer Personen ist in fünf Jahren wiederum mit einer Erhebung bei der Reformierten Kirche Zug und dem VKKZ zu überprüfen.
- 5.3. Die Kantonsrätinnen und Kantonsräte sind mittels Schreiben über die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen zu informieren.

Zug, 7. Mai 2026 / hinn